

Stand: 13.12.2025 08:19:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/682

"Ausbau der B 26 in Aschaffenburg neu planen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/682 vom 13.02.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1790 des WI vom 27.03.2014
3. Beschluss des Plenums 17/1979 vom 15.05.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 15.05.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ausbau der B 26 in Aschaffenburg neu planen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Staatliche Bauamt Aschaffenburg zu veranlassen, den bei der Regierung von Unterfranken eingereichten Antrag auf Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Knotenpunkte „Hafen-West“ und „Hafen-Mitte“ der B 26, Darmstädter Straße, in Aschaffenburg zurückzuziehen und bei der Neuplanung für das Projekt die Ergebnisse des Bürgerentscheids „Keine Stadtautobahn am Schönbusch!“ vom 2. Februar 2014 zu berücksichtigen.

Begründung:

Am 2. Februar 2014 haben die Bürgerinnen und Bürger mit Mehrheit die Straßenplanung der B 26 inkl. Ausbau auf vier Spuren und 900 m langer „Lärmschutzwand“ entlang des Landschaftsparks Schönbusch abgelehnt.

Nach Aussage des Staatsministers Herrmann wird die Staatsregierung den Ausgang des Bürgerentscheids selbstverständlich akzeptieren.

Allerdings wies der Minister darauf hin, dass das Geld für den Ausbau dann weg sei.

Dies kann nicht im Interesse der Staatsregierung sein. Die Anbindung des Hafens Aschaffenburg war weder von den Befürworterinnen und Befürwortern noch von den Gegnerinnen und Gegnern des B 26-Ausbaus in Frage gestellt worden. Daher muss nun das Bauamt Aschaffenburg den Bürgerwillen umsetzen und eine neue Planung vorlegen. Diese muss dann schnellstens in den Zustimmungsprozess eingespeist werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/682

Ausbau der B 26 in Aschaffenburg neu planen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Ausbau der B 26 in Aschaffenburg umplanen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Staatliche Bauamt Aschaffenburg zu veranlassen, den bei der Regierung von Unterfranken eingereichten Antrag auf Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Knotenpunkte „Hafen-West“ und „Hafen-Mitte“ der B 26, Darmstädter Straße, in Aschaffenburg zu ändern und eine Umplanung vorzunehmen und für das Projekt die Ergebnisse des Bürgerentscheids „Keine Stadtautobahn am Schönbusch!“ vom 2. Februar 2014 zu berücksichtigen.“

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Thomas Mütze
Sandro Kirchner

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 27. März 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/682, 17/1790

Ausbau der B 26 in Aschaffenburg umplanen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Staatliche Bauamt Aschaffenburg zu veranlassen, den bei der Regierung von Unterfranken eingereichten Antrag auf Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Knotenpunkte „Hafen-West“ und „Hafen-Mitte“ der B 26, Darmstädter Straße, in Aschaffenburg zu ändern und eine Umplanung vorzunehmen und für das Projekt die Ergebnisse des Bürgerentscheids „Keine Stadtautobahn am Schönbusch!“ vom 2. Februar 2014 zu berücksichtigen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen - -

(Unruhe)

- Ich weiß nicht, wir haben gerade ein Gesetz im Bereich der Erziehung verabschiedet. Vielleicht muss ich hier noch einmal darangehen. Ich schicke Ihnen in Zukunft alle Briefe und E-Mails zu und lasse sie von Ihnen beantworten.

Wir befinden uns in der Abstimmung über die Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltung? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)**Es bedeuten:**

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Syrische Kontingentflüchtlinge: Versprechen halten, Wohnungen sofort
bereitstellen!
Drs. 17/272, 17/1796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau der B 26 in Aschaffenburg neu planen
Drs. 17/682, 17/1790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart
Drs. 17/873, 17/1791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich
der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum
Netzausbaubedarf
Drs. 17/917, 17/1794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anschluss von Neustadt a.d.Aisch an die Nürnberger S-Bahn
Drs. 17/970, 17/1795 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler,
Berthold Rüth u.a. CSU
Umsatzbesteuerung von Schulessen bzw. Essen in Kindertagesstätten
Drs. 17/981, 17/1793 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU **SPD** **FREIE WÄHLER** **GRÜ**

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof,
Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER,
Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Nachhaltige und faire Beschaffung
Drs. 17/1178, 17/1689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU **SPD** **FREIE WÄHLER** **GRÜ**